

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 5

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Brügger, Christian

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

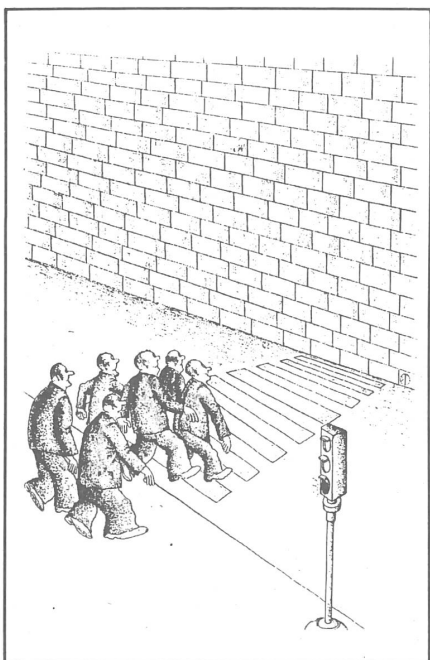
Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

weigern. Estland, Lettland und Litauen sind ja erst als Folge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 von der Roten Armee besetzt und 1940 der Sowjetunion einverleibt worden. Unter analogen Umständen kam die Moldau an die UdSSR.

Ihrerseits haben sich die Kaukasus-Völker und die Zentralasiaten nicht freiwillig dem Staat Lenins angeschlossen, und wenn sie (das heisst wachsende Teile der jeweiligen Bevölkerung) jetzt nach jahrzehntelanger Unterdrückung durch die Russen gegen die Moskauer Zentralgewalt aufbegehren, hat das seine Logik.

Die vorhergehende Unterdrückung war so stark, dass die Randvölker des Sowjetstaates gar nicht daran denken, Gorbatschow in irgendeiner Weise dafür zu honorieren, dass er es ihnen mit seiner Perestrojka erst ermöglicht hat, ihren Willen nach Unabhängigkeit zu artikulieren. Es ist so gut wie sicher, dass sich der Vielvölkerstaat mit den alten Mitteln des militärischen und polizeilichen Terrors nicht auf Dauer zusammenhalten lässt. Wer für Glasnost und Perestrojka ist, das heisst den politischen Weg von der Diktatur zur Demokratie befürwortet, der muss in Kauf nehmen, dass die unterdrückten und russifizierten Völker die Herrschaft Moskaus nicht länger dulden wollen. Das Aufbrechen historischer Gegensätze zwischen den zwangsvereinigten Völkern kommt noch dazu. Nimmt man Druck weg im Kreml, explodiert es allenthalben auf alle Arten.



«Krokodil», Moskau, Nr. 34/1989

Wird die Sowjetunion ein demokratischer Rechtsstaat und erhalten die Völker ihr Selbstbestimmungsrecht nicht nur auf dem Papier, ist mit deren Abspaltung zu rechnen. Das Zentralkomitee, welches das verfassungsmässige Sezessionsrecht der Sowjetrepubliken ausdrücklich bestätigt hat, muss zweifellos wissen, dass so etwas unter den heutigen Bedingungen nicht mehr bloss nominelle Bedeutung hat.

Andererseits kann der Kreml nicht einfach der Auflösung der UdSSR zustimmen. Zu den politischen Folgen kämen noch die wirtschaftlichen. Im Kaukasus-Gebiet beispielsweise befinden sich wichtige Erdölfelder, und Erdöl ist die wichtigste Deviseneinnahmequelle Moskaus. Die Instabilität in dieser Region trifft den Kreml deshalb doppelt. Und das Problem wird für die Sowjetführung nicht kleiner, sondern nur grösser, wenn die Russen aus den obersten Gremien in den einzelnen Sowjetrepubliken verschwinden.

Tausche DDR gegen Westhilfe

Die Bereitschaft der sowjetischen Führung, ihre Truppen aus der DDR, aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückzuziehen (insgesamt etwa 600 000 Mann), war nach der politischen und wirtschaftlichen Freigabe Osteuropas zu erwarten. Mit der Versorgung der sowjetischen Besatzungsmacht waren diese Länder belastet, und es gibt keinen politischen Grund mehr, die sowjetische Militärpräsenz zu rechtfertigen.

Der Warschauer Pakt befindet sich bereits in Auflösung, und dieser Prozess wird sich nach den ersten freien Wahlen in den früheren Satellitenländern voraussichtlich stark beschleunigen.

Der Truppenabzug bringt übrigens soziale Schwierigkeiten. Im Militärbereich lassen sich die grossen Einheiten kaum mehr integrieren, und ihre Auflösung verschärft das ohnehin aufkommende Problem der Arbeitslosigkeit. Mit der Einsparung einer wirtschaftlich unproduktiven Arbeit allein ist es eben noch nicht getan.

Die Sowjetunion kann ihre bankrotte Wirtschaft aus eigener Kraft nicht sanieren oder auch nur modernisieren. Benötigt wird Finanzhilfe aus dem Westen, wobei Moskau vor allem mit Bonn rechnet. Deshalb unter anderem hat Gorbatschow in den historischen Februartagen die deutsche Einheit freigegeben, praktisch ohne Auflagen und Vorbedingungen. Besonders gute und freundliche Beziehungen mit den Deutschen unter den EG-Ländern ist für Moskau äusserst wichtig geworden, denn die Wirtschaftskrise kann jederzeit zu politischen Unruhen auch in den russischen Stammländern führen.

Bei alledem stellt sich die Frage der Zeit, die sämtlichen Fahrplänen davonzulaufen droht.

LIEBE LESER

Die Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua hat zwar die Welt in Erstaunen versetzt, aber in einer Hinsicht wenigstens entsprach sie einer allgemeinen Erscheinung der Geschichte: Ein System kommunistischen Typs, und ein solches vertrat das dortige Regime tatsächlich, ist noch nie aufgrund von freien Wahlen entstanden oder bestätigt worden. So betrachtet, hat der Wahlausgang bloss keine Ausnahme von der Regel dargestellt.

Mit der konkreten Lage nach dem Sieg der Opposition befasst sich unser Beitrag auf Seite 13; der Hinweis darauf, dass mit der Systemablösung die Schwierigkeiten noch keineswegs behoben sind, ist nicht nur für jenen Fall angebracht, sondern ebenfalls übertragbar. Der Sozialismus hat sich zur Behebung der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Nöte als besonders untauglich erwiesen, aber das heisst natürlich nicht, dass diese ohne ihn nicht bestehen würden. Zudem explodieren nach einer von oben verordneten Zwangseinmütigkeit zunächst einmal die Gegensätze, die zuvor unterdrückt worden waren. Auf einen speziellen Fall dieser Normalerwartung weisen wir im Beitrag über die Ungarn in Rumänien (Seite 4) heute hin. Der Aufbruch führt nirgends zur Idylle.

Was aber den Wahlsieg der Opposition in Nicaragua angeht, so verdient er es gerade hierherum, zunächst einmal ausdrücklich als Widerlegung einer Alternative gewürdigt zu werden, die uns in Westeuropa und nicht zuletzt in der Schweiz jahrelang mit grosser Intensität suggeriert worden ist. Gemäss diesem Bild gab es in der Auseinandersetzung in und um Nicaragua einen einzigen Gegensatz von Belang, den zwischen Managua und Washington, zwischen den US-Interessen und dem nicaraguanischen Volk. In Opposition zum sandinistischen Regime standen die USA, die von ihnen ausgehaltene Contra, die von dieser rekrutierten Somoza-Anhänger. Dass man als Anhänger der Demokratie sowohl gegen das Somoza-Regime als auch gegen das sandinistische Regime sein konnte und sein musste, und zwar aus dem gleichen Grund, das durfte nicht wahr sein und wurde nicht zur Kenntnis genommen. Dass jene Opposition, auf die es ankam, aus Nicaraguanern bestand, die von der sandinistischen Revolution betrogen wurden, und zwar durchaus systemgerecht, das ging im Wust der Anklagen gegen Reagan und Konsorten völlig unter.

Nun haben die Nicaraguaner, sobald sie frei wählen konnten, diese fahrlässig bis gelogen postulierte Alternative korrigiert, und bevor man alles andere über Nicaragua sagt, muss ausdrücklich erst einmal *das* gesagt werden.

Christian Brügger